„Der Courier"
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Canada $2.50
für Ausland $3.50
Büros und Druckerei:
1835 Halifax Straße, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada $2.50
to foreign countries .. $3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang | 12 Seiten | Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 21. Mai 1924 | 12 Seiten | Nummer 28

Die Verschuldung der canadischen Farmer

Wird auf der Wirtschaftskonferenz von Saskatchewan erörtert

Ein Vorschlag Premier Dunnings findet vielseitige Zustimmung

Regina. — Die Wirtschaftskonferenz, die von Geo. F. Edwards, dem Präsidenten der Saskatchewan Grain Growers' Association in die City Hall in Regina einberufen worden ist, hat sich als ein voller Erfolg insofern erwiesen, als es gelungen ist, Vertreter der verschiedensten Stände und Berufe zu einer gegenseitigen Aussprache der brennenden Wirtschaftsfragen zusammenzuführen.

Farmer, Bankiers, Kaufleute, Fabrikanten, Arbeiter, Transportgesellschaften usw. hatten Delegierte entsandt. Allgemeine Auffassung war es, daß die Landwirtschaft als grundlegendes Gewerbe von Saskatchewan zuerst wieder aufblühen müsse.

G. F. Edwards bezeichnete es als wichtigste Aufgabe der Gegenwart, die Kaufkraft der Farmer wieder herzustellen; dann würden auch die anderen Wirtschaftszweige, die vom Farmer abhängen, daraus Vorteil ziehen. Wenn man die Preise von 1913 als Inderziffern mit je 100 ansetze, so seien die heutigen Preise für Webwaren 192,9, für Maschinen 214,3, für Bauholz 196,5, für Wohnungseinrichtungen 218,6 und für alle Artikel 165,6. Der Durchschnittspreis für Weizen 1913 war 148, heute sei der Fort William-Preis 102. Er glaube nicht an eine Gesundung der Verhältnisse, wenn nicht ein Ausgleich zustande komme zwischen den Preisen der Farmprodukte und den Preisen jener Artikel, die der Farmer kaufen müsse.

Die Finanzpolitik, die bisher in Canada geherrscht habe, sei von beträchtlichem Schaden für die Landwirtschaft des Westens gewesen, ohne entsprechenden Vorteil. Das gelte besonders hinsichtlich des Schutzzolles, der uns in den Prärieprovinzen nur erhöhte Preise gebracht habe.

Ferner hätten wir im Westen den Nachteil, daß wir für geliehenes Geld zur Entwicklung unserer Farmen mehr an Zinsen bezahlen müßten als die Bauern in irgend einem Teile der Welt. Man könne es sich hier nicht leisten, 8 Prozent Zinsen für kurz- und langfristige Anleihen zu bezahlen. Etwas müsse geschehen, damit der Farmer des Westens Geld zu demselben niedrigen Zinsfuß bekomme wie sein Berufsgenosse in den Staaten. Notwendig sei Verminderung der Produktionskosten, dazu aber seien vor allem langfristige Anleihen mit angemessener Amortisierung (Tilgung) erforderlich. Es wäre erwünscht, die Frage zu untersuchen, ob es nicht möglich sei, die Schulden von schwerbedrängten Farmern zu fundieren.

Bei Besprechung des Transportproblems erklärte Edwards, die baldige Vollendung der Hudsons Bay-Bahn betrachte er als erste Vorbedingung zur Verbilligung der Transportkosten. Keine gewinnsüchtigen östlichen Interessen könnten auf die Dauer den Westen vom nächsten Zugang zum Meere abhalten.

Die Farmer in Manitoba und Saskatchewan setzten große Hoffnungen auf die Getreidevermarktung nach dem Poolsystem. Uebertriebene Erwartungen dürfe man in dieser Hinsicht nicht hegen, da der Wheat Pool auch nicht alle Uebel heilen könne.

Zum Schlusse ging der Redner auf die Notwendigkeit der Ermäßigung der Arbeiterlöhne ein und klagte über die schwere Steuerlast. Der beste Weg zur Erzielung einer nationalen Einigkeit sei die gerechte Behandlung aller Teile und Stände des Landes.

Eine lebhafte Diskussion folgte, worauf

Premier Dunning

das Wort ergriff, um zum Zusammenschluß und zur Einigkeit aufzufordern. Es bestehe sonst die Gefahr, daß eine Klasse die andere für die herrschenden Verhältnisse verantwortlich mache.

Durch die Arbeit des provinzialen Schuldenregelungs-Bureaus habe er einen Einblick in die überflüssigen Verkaufs- und Einkassierkosten erhalten. Er wage zu behaupten, daß der Herstellungspreis einer Ware nicht mehr als 75 Prozent des endgültigen Verkaufspreises sei, aber das starkentwickelte Konkurrenzsystem des Verkaufes erhöhe den Preis und verteuere die Ware. Es sollte daher eine Vereinbarung zwischen Herstellern und Händlern getroffen werden, um unnötige Zwischenglieder auszuschalten. Ferner sollten die Gläubiger der Provinz eine Zentralagentur für Einkassieren errichten; dann sei es auch dem provinzialen Schuldenregelungsbureau viel leichter, zum Besten von Gläubigern und Schuldnern zu wirken.

Jene, welche einen staatlichen Kredit für die Landwirtschaft verlangten, übersähen dabei die Steuerverminderung, die mit einem solchen Plane nicht zu vereinbaren sei.

Von Gläubigerseite wurden in der nachfolgenden Aussprache viele zustimmende Stimmen zum Vorschlage Premier Dunnings laut.

Eine Resolution beschloß die Errichtung eines dauernden Wirtschaftsrates für Saskatchewan, der sich mit wirtschaftlichen Krisen und Notständen befassen soll.

Die amtlichen deutschen Wahlziffern

Berlin, 20. Mai. — Heute wurden die endgiltigen Zahlenergebnisse der Reichstagswahl herausgegeben. Danach wurden nahezu 30 Millionen Stimmen für 472 Abgeordnete abgegeben. Im neuen Reichstage werden elf Parteien vertreten sein.

Die Sozialdemokraten (Vorsitzender Hermann Müller) erhielten 6 Millionen Stimmen; das macht **100 Abgeordnete.**

Deutschnationale (Vorsitzender Dr. Oskar Hergt) 5,800,000 Stimmen oder 96 Abgeordnete.

Zentrum (Vorsitzender Wilh. Marx) 3,900,000 Stimmen oder 65 Abgeordnete.

Kommunisten (Vorsitzender Ruth Fischer) 3,740,000 Stimmen oder 62 Abgeordnete.

Deutsche Volkspartei (Vorsitzender Dr. Gust. Stresemann) 2,640,000 Stimmen oder 44 Abgeordnete.

Deutschvölkische Freiheitspartei (Vorsitzender Albrecht von Graefe) 1,900,000 Stimmen oder 32 Abgeordnete.

Deutschdemokratische Partei (Vorsitzender Dr. Koch) 1,650,000 Stimmen oder 28 Abgeordnete.

Bayerische Volkspartei (Vorsitzender Dr. Heim) 946,000 Stimmen oder 16 Abgeordnete.

Bayerischer Bauernbund (Vorsitzender Eisenberger) 684,000 Stimmen oder 10 Abgeordnete.

Nationalliberale Vereinigung 574,000 Stimmen oder 10 Abgeordnete.

Deutschsoziale Partei 338,000 Stimmen oder 4 Abgeordnete.

Deutschhannoversche Partei 319,000 Stimmen oder 5 Abgeordnete.

Nationale Minderheiten 13,000 Stimmen oder kein Abgeordneter.

Christlich-soziale Vereinigung 124,000 Stimmen oder kein Abgeordneter.

Unabhängige Sozialisten 234,000 Stimmen oder kein Abgeordneter.

Zersplitterte Stimmen 35,000.

Mehr als 800,000 Stimmen wurden durch die sogenannten Parteigrüppchen verschwendet, die wie Pilze aus der Erde hervorgeschossen waren.

Annahme des canadischen Budgets.

Ottawa. — In den letzten Tagen entwickelten sich lebhafte Wortgefechte im canadischen Unterhaus, wobei namentlich Right Hon. Arthur Meighen, der Führer der konservativen Opposition, einen scharfen Zusammenstoß mit **Premier Mackenzie King hatte. Letzterer stellte die Errichtung** einer Beratungsstelle für Tariffragen in Aussicht.

Nach langwieriger Debatte gelangte das Budget mit überwiegender Mehrheit von über 100 Stimmen zur Annahme.

Der Gipfel der Frechheit

Bootleggers-Union protestiert gegen Milderung des amerikanischen Prohibitionsgesetzes.

Tränen tiefster Rührung muß man vergießen, wenn man den Klageruf der in ihren heiligsten Gefühlen gekränkten amerikanischen Schnapsschieber vernimmt, und gleichzeitig wird man staunend erfahren, daß sich diese Weltbeglücker zu einer Union zusammengeschlossen haben.

Im Kongreß traf die Nachricht ein, daß die Schnapsschieber-Union in New York einen feierlichen Konvent abgehalten und einstimmig Resolutionen angenommen hat, welche gegen Milderung des Volksteadgesetzes zur Legalisierung des 2.75 Prozent Biers protestieren.

Eine an den demokratischen Abgeordneten Griffin von New York übermittelte Petition besagt, daß Delegaten von Lokalunionen längs der atlantischen Küste der Versammlung bewohnten und überzeugt waren, daß „verschiedene schlecht beratene und irregeleitete Informanten eine böswillige Propaganda eingeleitet haben, um die drastischen und heilsamen Bestimmungen des Volsteadgesetzes niederzubrechen."

Erklärend, daß die Vorlagen zur Legalisierung von Bier den „zugestandenen Zweck haben, den Konsum von sogenannten leichteren Getränken zum Schaden von Whisky und anderen alkoholischen Getränken zu ermutigen," sagt die Petition, daß die Annahme solcher Gesetzgebung „eine wichtige Industrie unterminieren und vielleicht zerstören würde, welche diese Union mit ihren zugehörigen „Locals" mühsam aufgebaut hat, mit großem Risiko eines immensen Kapitals, nicht zu reden von dem Risiko persönlicher Freiheit, da viele unserer Mitglieder Gefängnisstrafen erhalten haben und ihr persönliches Eigentum im Verfolg ihres erwählten Berufes beschlagnahmt worden ist."

Es ist die feststehende Politik der Regierung gewesen, junge Industrien zu ermutigen und zu beschützen, sagt die Petition, hinzufügend, daß die Schnapsschiebungs-Industrie hinreichende Zeichen von Lebenskraft gezeigt habe, um in diese Kategorie zu fallen und folglich zum Schutze und der Unterstützung der Regierung berechtigt ist.

Herr Griffin reichte die Petition im Hause ein. Sie wurde an das Gerichtsbarkeitskomitee, das Prohibitionsgesetzgebung handhabt, verwiesen.

Bankkrache in Deutschland

Anzeichen einer neuen Wirtschaftskrise.

Berlin, 19. Mai. — Die Lage an den deutschen Börsen ist zur Zeit außerordentlich unsicher. Eine ganze Reihe von Zusammenbrüchen kleiner Bankfirmen ist bereits erfolgt und es werden täglich mehr Konkurse angemeldet. Auch im Metallhandel kriselt es stark. Auf die Industrie scheint aber diese Bewegung nicht überzugehen. Seit Wochen, und zwar seit der Stabilisierung des Frankenkurses, bewegen sich die Kurse der deutschen Aktien nach unten. Verluste, die bei der Abdeckung eingegangener Frankenverpflichtungen, entstanden sind, zwingen noch immer zur Abstoßung von Effekten, denen wegen Kreditmangels keine aufnahmewilligen Käufer gegenüberstehen.

Die Türkei hat Prohibitionsjoch abgeschüttelt

Washington, 19. Mai. — Das amerikanische Handelsdepartement wurde von seinem Vertreter in Konstantinopel verständigt, daß die bisher bestandenen Prohibitionsgesetze der Türkei aufgehoben sind und daß unter gewissen Bedingungen die Einfuhr von Spirituosen in die Türkei gestattet ist. Das Einfuhrverbot für reinen Alkohol bleibt jedoch aufrecht.

Eine Frostwelle in Alberta und Saskatchewan.

Am Samstag, Sonntag und Montag zeigte das Thermometer in Prince Albert, Sask., 22 Grad und sogar schon 24 Grad Frost.

Aus Edmonton wurden 14 Grad Frost gemeldet, der an der aufkeimenden Saat Schaden angerichtet hat.

Ueber Calgary und Umgegend ging am Sonntag Schneegestöber, stellenweise bis zu 4 Zoll.

Auch Distrikte um Moose Jaw und in Manitoba hatten unter der kalten Welle zu leiden.

Premier Dunning und Konservative

Regina. — Auf einem Bankett der Northside Liberal Association setzte sich Premier Dunning von Saskatchewan mit d. neuentstehenden konservativen Partei im Westen auseinander. Die Konservativen wollten, so erklärte er, Saskatchewan für hohen Zollschutz gewinnen. Seine Regierung sei bereit, den angedrohten Angriffen zu begegnen. Der Hauptangriff werde sich gegen die Unterrichtsabteilung und ihren Minister richten. Die Anklage der Verschwendung sei unberechtigt, da die Regierung in den Grenzen des Einkommens gelebt habe, wie die Ausgleichung des Provinzbudgets zeige. Die Konservativen könnten die Ausgaben nicht vermindern, wenn sie all das erfüllen wollten, was sie versprechen. Die Ergebnisse der Gesundheitsabteilung sprächen für deren Tüchtigkeit; Saskatchewan habe die niedrigste Sterblichkeitsziffer im britischen Reiche.

Premier Dunning wandte sich ferner dagegen, daß die Kindererziehung in das Gebiet der Politik hineingezogen werde. Sehr anerkennend sprach er sich über das Bundesbudget in Ottawa aus, namentlich wegen seiner geplanten Tarifverminderungen. Saskatchewan habe eine wichtige Rolle bei Aufstellung dieses canadischen Budgets gespielt und sei stolz darauf. Denn Saskatchewan sei als die Hochburg der Vorkämpfer für niedrigen Zolltarif bekannt. Deswegen werde heute ein konservativer Massenangriff auf Saskatchewan unternommen. Denn man wisse, daß ohne Saskatchewan für die Schutzzöllner wenig Hoffnung sei.

Scharfer Kampf der deutschen Kommunisten

Berlin, 19. Mai. — Im besetzten und unbesetzten Deutschland droht heute ein roter Krieg. Die Kommunisten verlangen Beschlagnahme aller Bergwerke der Ruhr durch die Arbeiter. Zugleich drohen ihre Leiter bei einer bevorstehenden nationalen Kundgebung in Fürstenwalde am nächsten Sonntag mit blutiger Einmengung. Im besetzten Gebiet sind kommunistische Agitatoren von neuem bemüht, Bergleute an Erfüllung französischer Forderungen zu hindern, um eine Anzahl Schachte gemäß dem Micum-Abkommen zwischen französischen und deutschen Industriellen zu betreiben. Streikverhandlungen in der Ruhr werden vielleicht durch ein Schiedsabkommen beendet.

Aus Delitzsch, Sachsen, wird gemeldet, daß dort ernste Zusammenstöße zwischen Kommunisten und nationalistischen Organisationen stattfanden und daß viele Leute schwere Verletzungen erlitten.

Ein Generalstreik der Kohlengräber ist im Moers-Distrikt nahe Essen erklärt worden. Die gemäßigten Gewerkschaften haben eine Schutzmannschaft gebildet, um diejenigen zu beschützen, die an der Arbeit bleiben wollen. Bis jetzt haben sich keine Ruhestörungen ereignet.

Moskau fordert Abbitte

Berlin leistet sie.

Berlin, 19. Mai. — Eine neue Note von Rußland, deren Text sorgfältig geheim gehalten wird, verlangt wegen des Eindringens in das Gebäude der russischen Handelsmission vollständige Abbitteleistung von Deutschland.

Die deutsche Regierung leistete für die Razzia auf das Hauptquartier der russischen Handelsmission in Berlin bei der Sowjet-Regierung Abbitte.

Die Note dürfte aber den Streit nicht zum Abschluß bringen, da Rußland Forderungen stellt, die nicht im Einklang mit dem deutschen Ehrgefühl bewilligt werden können. Das auswärtige Amt steht mit Moskau in direkten Unterhandlungen.

Dr. Weiß, Chef des Spionage-Büros der Berliner Polizei, ist in Verbindung mit der kürzlichen Razzia auf das Hauptquartier der russischen Handelsmission suspendiert worden. Er war ein ausgesprochener Feind der Kommunisten und „Rotenjäger". Die nationalistische Presse ist über die Suspendierung des Beamten empört.

Kriegsfieber in Südost-Europa

Wien, 19. Mai. — Im südöstlichen Europa ist ein neues Kriegsfieber ausgebrochen und Truppen werden im ganzen Balkan, besonders aber die bessarabische Grenze entlang, zusammengezogen. Nach dem Abbruch der Wiener Konferenz zwischen Rumänien und Rußland begannen die Russen, mehrere Regimenter Infanterie und Kavallerie an dem Dnjester aufzustellen. Die Rumänen haben die russischen Kriegsbewegungen mit Konzentrierungen längs ihrer Seite des Flusses beantwortet und die ungarische, jugoslawische und bulgarische Front fast ganz entblößt, um genügende Streitkräfte gegen Rußland zu erhalten.

Um Bulgarien zu verhindern, Rumänien im Rücken anzugreifen, falls die Russen den Dnjester zu überschreiten versuchen, hat der griechische Generalrat in einer in Saloniki abgehaltenen Versammlung beschlossen, Truppen nach der bulgarischen Grenze zu schieben. Die griechischen Militärchefs bestehen darauf, daß die Regierung einen Vertrag mit Rumänien schließe, der Griechenlands Teilnahme an einem Konflikt, an dem Bulgarien sich beteiligen sollte, sichern würde.

Da Bukarest über alle Nachrichten militärischer Natur die Zensur verhängt hat, ist es unmöglich, festzustellen, ob Rumänien wirklich eine Aktion plant. Durch die Reise des rumänischen Herrscherpaares ins Ausland will Bukarest angeblich den Eindruck erwecken, als ob die Lage nicht ernst sei. Von anderer Seite wird behauptet, daß König Ferdinand in Paris die wahre Lage klarzulegen beabsichtigt, um für alle Fälle der Hilfe Frankreichs gewiß zu sein. Der jetzige Augenblick, da Frankreich in einer Krise steht, scheint aber für solche hochpolitische Aussprachen wenig geeignet zu sein. Diplomatische Kreise in Sofia, Athen, Belgrad und Wien legen den allgemeinen Konzentrationen die höchste Wichtigkeit bei. In Wien glaubt man nicht, daß die rumänische Armee allein stark genug wäre, um das Eindringen Rußlands in Bessarabien zu verhindern, aber sein Bündnis mit Frankreich ist derartig, daß letzteres und die kleine Entente in einen solchen Krieg auf rumänischer Seite hineingezogen würden.

In Belgrad wird offiziell zugegeben, daß die jugoslawische Regierung im Begriff steht, ein Defensivbündnis mit Frankreich abzuschließen, trotzdem Serbien bisher sich geweigert hat, Rumänien zu versprechen, es in Bessarabien zu unterstützen. Im allgemeinen ist die Stimmung unter den Serben gegen die Rumänen nicht sehr freundschaftlich.

Die russische Armee, die jetzt am Dnjester konzentriert ist, wird auf 300,000 Mann geschätzt, während täglich neue Truppen ankommen. Die strikte rumänische Zensur hat bisher eine Bekanntmachung verhindert, ob irgendwelche neue rumänische Klassen zu den Fahnen einberufen wurden, aber die Situation wird hier als kritisch angesehen.

Letzte Nachrichten

Der Ruf nach der Hudsons Bay-Bahn.

Regina, 20. Mai. — Gestern wurde in einer Versammlung in der Stadthalle die Zweigorganisation der „On to the Bay-Association" für Südost-Saskatchewan gegründet. Die Durchführbarkeit und Nützlichkeit der Hudsons Bay-Bahn wurde von den Rednern in überzeugender Weise bewiesen. Eine einmütig angenommene Entschließung fordert die Bundesregierung in Ottawa auf, sofort die Linie fertigzustellen. Ein weiteres dringendes Ersuchen wird an Robert Forke, den Führer der Progressiven, im canadischen Unterhaus, und an den Landwirtschaftsminister in Ottawa und den Abgeordneten für Regina, Hon. W. R. Motherwell, gerichtet.

$185,000 Brandschaden in Edmonton.

Edmonton, 20. Mai. — Durch ein Feuer, das in den Gebäulichkeiten der John Deere Plow Company und der Gillespie Graig Company ausbrach, wurde ein Schaden in Höhe von $185,000 angerichtet. Nur mit knapper Not konnte das Uebergreifen des Feuers auf 20,000 Gallonen Oel und Gasoline der Imperial Oil Co. verhütet werden. Eine schwere Katastrophe wäre unvermeidlich gewesen.

Tokio, 20. Mai. — Die Flieger der Ver. Staaten haben auf ihrem Fluge um die Welt Minato in Japan erreicht.

Gewaltige Wald- und Buschbrände in Westcanada

Schützt die canadischen Forstgebiete!

Sind wertvolle Bestandteile unseres Nationalreichtums.

Die Einwohner von Regina und von anderen Orten in Saskatchewan wie auch in Alberta wurden nicht wenig überrascht, als sich am letzten Donnerstag die Sonne verfinsterte und grau-gelbliche Wolken, von Nordwesten kommend, den Himmel überzogen, wobei gleichzeitig eine drückend-schwüle Atmosphäre sich bemerkbar machte. Man stand zunächst vor einem großen Rätsel, das zu den seltsamsten Vermutungen und Befürchtungen Anlaß bot. Manche ängstlichen Gemüter erwarteten sogar einen neuen Cyklon ähnlich dem Wirbelsturm von 1912, der damals so entsetzlich verheerend in Regina gewütet hatte. Im Laufe des Spätnachmittags traf dann die „beruhigende" Meldung ein, daß im nordwestlichen Saskatchewan und im nördlichen Alberta starke Buschbrände im Gange seien, von denen aus große Rauchwolken über weite Strecken Landes sich verbreiteten.

Etwa 25 Meilen nördlich von Prince Albert, Sask., in den Distrikten von Alingly-Northside und Paddockwood, waren weite Waldgebiete vom Feuer ergriffen. Zwei dortige Heimstätten sind, jedoch ohne Menschenverlust, dem Elemente zum Opfer gefallen.

Noch schlimmer scheinen die Verhältnisse

in Nord-Alberta

zu sein, wo nach den Angaben von Beamten der Forstabteilung gewaltige Buschbrände wüten. Besonders schwerer Schaden an Privateigentum wurde nicht gemeldet. Dagegen war die Verbindung mit dem Peace River-Distrikt abgeschnitten, da die Fernsprechdrähte der C. P. R. und der Regierung an Dutzenden von Stellen unterbrochen wurden. Bei Whitecourt, wo 100 Mann zur Bekämpfung des Feuers ausgezogen sind, brannten 600,000 Fuß geschnittenes Holz. Von Horn Lake am McLeod River wird ein Feuer von 2 Meilen Front gemeldet. Starke Buschbrände bei Gainford und Onoway bedrohten den letzteren Platz. Weitere Mitteilungen lagen vor von Tomato Creek, nordwestlich von Athabasca, von Beaver Lodge, Swan River, Smith, Jarvie und Lac la Biche. Einige der genannten Orte waren auf drei oder vier Seiten vom Feuer eingeschlossen.

Col. R. H. Palmer, der Chef des Forstdienstes in Edmonton, bezeichnete die Brandlage als außerordentlich schlimm. Es seien Anzeichen dafür vorhanden, daß Ansiedler im Norden vorsätzlich die Feuer angezündet hätten. Welche Absicht dahinter stecke, sei nicht ganz klar, doch nehme er an, verschiedene von den Brandstiftern verfolgten damit nur den Zweck, sich durch die Feuerbekämpfung Arbeit zu verschaffen.

Am schwersten heimgesucht ist **die Provinz Britisch Columbien,** das einen der wärmsten Frühlinge hat. Bis jetzt sind dort nicht weniger als 305 Waldbrände festgestellt worden gegen 193 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Fast jeder Distrikt leidet darunter. Wie soll es erst werden, wenn die heiße Jahreszeit eintritt? Das Verlangen nach Regen, der in Saskatchewan und Alberta stellenweise vermischt mit Schnee gefallen ist, wird immer stärker.

Wir stehen, wie aus dem Obigen hervorgeht, einer recht ernsten Situation in Canada gegenüber. Es ist ein unerhörter Frevel, ja geradezu ein Verbrechen, wenn Leute absichtlich den Waldbestand Canadas durch Brandstiftung gefährden und schädigen. Abgesehen davon, daß eine skrupellose Vernichtung der Wälder die klimatischen Verhältnisse ungünstig beeinflußt, wird auch ein wertvoller Teil unseres canadischen Nationalreichtums in Luft und Asche verwandelt. Es kann unseres Erachtens ein solch gemeinschädliches Vorgehen gar nicht streng genug bestraft werden. Andererseits ergibt sich aus den Waldbränden der letzten Zeit auch die dringende Notwendigkeit, den Wald- und Buschbestand noch kräftiger als bisher gegen willkürliche oder zufällige Beschädigungen zu schützen. Die Forstwirtschaft, die in europäischen Ländern einen hohen Grad von Wirksamkeit erreicht hat, muß auch hier noch viel weiter ausgebaut werden. Was hat es für einen Wert, zu eifrigem Baumpflanzen auf der Prärie anzuspornen, wenn man nicht einmal in der Lage ist, die Vernichtung wertvollster Waldbestände zu verhindern. Dabei muß selbstverständlich der vernünftige Teil der Bevölkerung tatkräftigst die Behörden unterstützen.

* * *

Aus Montana und Idaho liegen ähnliche Brandmeldungen vor:

Missoula, Mont., 17. Mai. — Zwei große Waldbrände, die sich über Gebiete von 1500 bezw. 1000 Acker erstrecken, gefährden heute andere wertvolle Holzbestände im nördlichen Idaho. Die Feuer sind bisher auf privatem Land, ohne ungewöhnliche Anstrengungen werden aber auch Bundesforsten geschädigt. Der Brand in einem Gebiet von 1500 Ackern hat eine Bahnbrücke und verschiedene große Holzbestände zerstört. Das Feuer ist im Grouse Creek Distrikt.

Das andere Feuer ist am Sadler Creek, wo starke Winde die Flammen in der Richtung auf schwere Holzbestände treiben. Das Wolf Creek Feuer wurde gestern vom Westen gehemmt, brach aber wieder südwärts aus und bedeckt jetzt 300 Acker. Nach Berichten von dortigen Feuerbekämpfern ist auch der Brand im Kanikshu Forst im nördlichen Idaho gehemmt. Ein anderes Feuer am Pilgrim Creek brennt noch, wird aber durch 80 Mann überwunden.

Französisches Programm der Versöhnung und Verständigung

Europäische Zusammenkunft in Aussicht gestellt

Neue französische Mehrheit stimmt mit Premier MacDonald überein.

Paris, 19. Mai. — Aus einer gemeinsamen Grundsatzerklärung der neuen parlamentarischen Mehrheit geht hervor, daß Internationalismus ein Teil des neuen Regierungsprogramms sein wird. Die Erklärung erließen Herriot, der Führer der Radikalen, der vormalige Premier Painleve, Leiter der republikanischen Sozialisten, und der sozialistische Führer Leon Blum.

Das Programm der künftigen Mehrheit erstrebt Versöhnung und internationale Verständigung, heißt es in der Erklärung. Ein wirkliches Gleichgewicht des Staatshaushalts und ein Kampf gegen die hohen Lebenskosten, mit anderen Worten ein Kampf gegen Entwertung des Franc sind geplant.

Gesonderte Erklärungen der Leiter der verschiedenen Gruppen treten dafür ein, daß die künftige Regierung eine vollständige Verständigung mit Deutschland zu erreichen sucht. Herriot bezeichnet die Auslandpolitik des kommenden Ministeriums als mehr „human". Nach Ansicht diplomatischer Kreise wird diese Haltung zu einer weiteren Reihenfolge von internationalen Konferenzen führen. Die Aussicht auf eine neue Entstehung des obersten Rats ist gering. Radikale und Sozialisten wollen diese Besprechungen durch Zulassung der vormals feindlichen Länder und der Neutralen erweitern. Auch der britische Premier MacDonald soll dieser Meinung sein. Die baldige Einberufung einer europäischen Zusammenkunft, an welcher Deutschland teil nimmt, wird daher erwartet. Der sozialistische Parteitag entscheidet am 1. Juni darüber, ob Mitglieder der Partei ein Amt übernehmen.

Millerand muß weg.

Paris, 19. Mai. — Der Vollzugsausschuß der republikanisch-sozialistischen Partei, zu welchem der ehemalige Premier Briand gehört, beschloß heute in keine Regierung einzutreten, die nicht ein Programm zu verwirklichen verspricht, dessen erster Punkt der Rücktritt von Präsident Millerand ist.

(Siehe auch unseren Editorialartikel „Frankreich nach den Wahlen" auf Seite 2!)